

Die Arbeiterzeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Wüste Prügelszenen im Reichstag

Tische, Schreibpulte, Telefonapparate und Spucknapfe als Wurfgeschosse —
Die Nazis wiederum für Schleicher — Die Tolerierungsmehrheit perfekt

Berlin, 8. Dezember.

Die zweite Sitzung des Reichstages begann mit einer längeren Debatte über die Frage, ob die Wahl Lohses zum 3. Vizepräsidenten, die bekanntlich mit einer Stimmenmehrheit erfolgte, gültig sei. Nationalsozialisten und Deutsche Volkspartei bestritten dies und erklärten, die Wahl müsse wiederholt werden, weil wahrscheinlich ein Irrtum unterlaufen sei. Mit großer Mehrheit entschied sich jedoch der Reichstag dafür, daß die Wiederholung der Wahl unzulässig sei. Damit gilt Lohse endgültig als 3. Vizepräsident.

Die Wahl der Schriftführer ergab, daß 7 Nationalsozialisten, 3 Zentrumsabgeordnete und je 1 Abgeordneter der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten gewählt worden sind. Als Deutschnationaler Vertreter wurde der Parteiführer Dr. Hugenberg gewählt, was auf der Linken große Heiterkeit erregte. Dr. Hugenberg lehnte diese Wahl ab, da sie „offenbar von einer schwarz-rot-braunen Mehrheit vollzogen“ worden sei. Nunmehr sind 2 Sozialdemokraten unter den Schriftführern.

Als 1. Punkt der Tagesordnung wird der nationalsozialistische Gesetzentwurf beraten, nach dem der Reichspräsident im Falle seiner Verhinderung durch den Präsidenten des Reichsgerichts vertreten werden soll. Die Nationalsozialisten halten es nicht für notwendig, ihren Gesetzentwurf durch einen Redner begründen zu lassen. Es spricht daher zuerst der kommunistische Abgeordnete Schneller, der scharfe Angriffe gegen den Reichspräsidenten richtet. Die Kommunisten rufen dazu im Chor immer wieder „Nieder mit Hindenburg“. An diesen Kundgebungen beteiligt sich auch ein Tribünenbesucher. Es kommt zu einer

Schlägerei auf der Tribüne.

auf der einige uniformierte Nationalsozialisten gegen den kommunistischen Zwischenrufer vorgehen. Vizepräsident Esser, der die Sitzung leitete, verläßt seinen Platz. Damit ist die Sitzung unterbrochen.

Während der Pause kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen nationalsozialistischen und kommunistischen Abgeordneten. Zahlreiche Abgeordnete dieser beiden Parteien eilten auf die Tribüne, um an den Auseinandersetzungen um den kommunistischen Zwischenrufer teilzunehmen. Auf dem Wandelgang trafen beide Gruppen aufeinander. Es gab zunächst einen heftigen Wortwechsel. Plötzlich flog im hohen Bogen ein Spucknapf durch die Luft. Im gleichen Augenblick entstand eine

schwere Schlägerei zwischen etwa 40 bis 50 kommunistischen und nationalsozialistischen Abgeordneten,

wobei Aschbecher und Pultdeckel, Telefonapparate und Schreibpulte, die man aus der Wand riß, als Wurfgeschosse verwandt wurden. Mehrere große Glasscheiben gingen in Trümmer. Ein Tisch wurde so hoch emporgeschleudert, daß ein Kronleuchter in Trümmer ging.

Durch die herabfallenden Glassplitter und durch die Wurfgeschosse wurden zahlreiche Abgeordnete verletzt. Die schwerste Verletzung erlitt der nationalsozialistische Abgeordnete Lohse, dem ein Telefonapparat an den Kopf geschleudert worden war. Auch der kommunistische Abgeordnete Hoernle erlitt blutige Kopfverletzungen. Ernstlich verletzt wurden auch

verschiedene Kriminalbeamte, die sich zwischen die streitenden Abgeordneten stellten.

Nach etwa 1/2stündiger Pause geht die Sitzung weiter. Der Kommunist Torgler erklärt, er müsse dagegen protestieren, daß in den Gängen des Reichstages mit Koppeln bewaffnete SS- und SA-Leute als Hilfspolizisten, des Reichstagspräsidenten fungierten. Die Nationalsozialisten rufen „Unverschämte Lügen!“

In der weiteren Aussprache zum Präsidentenvertretungsgesetz lehnt der deutschnationale Abgeordnete v. Freytag-Loringhofen die vorgeschlagene Regelung ab. Er wünscht vielmehr,

daß der Reichspräsident in einem „politischen Testament“ seinen Vertreter selber einsetzt!

Gegen solche Machtvollkommenheiten für den Reichspräsidenten polemisiert für die SPD Dr. Breitscheid. Er meint, trotz mancher Bedenken sei der Reichspräsident der zu einer Vertretung des Reichspräsidenten geeignetste Mann. Die gleiche Auffassung vertritt Dr. Bredt für die Wirtschaftspartei, während der kommunistische Abgeordnete Torgler nochmals gegen das Gesetz spricht.

Der Gesetzentwurf wird daraufhin in erster und zweiter Lesung gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Kommunisten angenommen. Die dritte Beratung kann, da die Kommunisten Einspruch erheben, erst in der nächsten Sitzung erfolgen.

In Berlin herrscht Optimismus! Reichstagsvertagung gilt als gesichert

Berlin, 8. Dezember.

CNB. Der zweite Tag dieser Reichstagsvertagung hat, wenn man von dem häßlichen Zwischenfall abseht, der auf der Tribüne begann und sich im Wandelgang fortsetzte, einen Verlauf genommen, der fast vollkommen früheren normalen Parlamentszeiten entsprach.

Angesichts dieser Entwicklung des Tages läßt sich das Ergebnis dahin zusammenfassen, daß der gestrige Eindruck sich verstärkt hat, wonach

für Freitag die Vertagung des Reichstages auf Mitte Januar erwartet

werden kann. Auf eine einfache Formel gebracht liegen die Dinge folgendermaßen: Das Stellvertretungsgesetz macht keine Schwierigkeiten. Bei dem sozialpolitischen Fragenkomplex gehen die sozialdemokratischen Anträge am weitesten, weil sie die Aufhebung der ganzen Notverordnungen vom 14. Juni und vom 4. September verlangen. Schon heute hat sich gezeigt, daß diese Anträge der Ablehnung verfallen werden. Dagegen werden die nationalsozialistischen Anträge, die sich auf die Aufhebung der Lohn- und sozialpolitischen Bestimmungen beschränken, sicher angenommen werden. Konfliktstoff ergibt sich daraus also nicht. So kann sich — wenn nicht außergewöhnliche Zwischenfälle eintreten, an die man aber kaum glaubt — am Freitagabend der Reichstag bis Mitte Januar vertagen. Für diesen Ausgang der Reichstagsvertagung spricht u. a. auch die Mehrheitsbildung, die sich heute ergab, als von links der Antrag gestellt worden war, den Reichskanzler zu zitiieren. Der Antrag wurde mit derselben Mehrheit abgelehnt, die schon

Hierauf beginnt die Beratung der Anträge des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten auf Aenderung der Notverordnung vom 4. September in ihrem sozialpolitischen Teil, auf Winterhilfe und Arbeitsbeschaffung. Abgeordneter Torgler (KPD) beantragt die Herbeiführung des Reichskanzlers zu dieser Debatte.

Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt.

Die Aussprache zu diesen sozialpolitischen Anträgen bringt Reden des Sozialdemokraten Karsten, des Nationalsozialisten Bürger, des Kommunisten Pieck, des Deutschnationalen Dr. Schmidt und des Abgeordneten Schwärzler von der Bayerischen Volkspartei. Der Kommunist Pieck wendet sich besonders gegen die Nationalsozialisten und hält ihnen ihre zweideutige Haltung beim Berliner Verkehrsstreik und bei anderen Gelegenheiten vor. Im übrigen wenden sich alle Redner gegen die sozialreaktionären Maßnahmen der Papen-Regierung.

Die Entscheidung über die behandelten Entwürfe und Anträge wird auf die nächste Sitzung vertagt, die am Freitag stattfindet. Die Amnestie-Anträge werden ohne Debatte dem Rechtsausschuß überwiesen. Der Rechtsausschuß, der sich unter dem Vorsitz des Nationalsozialisten Dr. Frank II konstituiert hat, wird bereits am heutigen Donnerstagmittag die Amnestieanträge beraten. Als Abschluß der Freitagsitzung erwartet man dann allgemein die Vertagung des Parlaments bis Mitte Januar.

am Dienstag in die Erscheinung getreten war. Man erwartet mit Bestimmtheit, daß der Reichstag bei den entscheidenden Abstimmungen am Freitagabend dasselbe Bild bieten wird.

Berlin, 7. Dezember.

CNB. In den Berichten und Kommentaren der Morgenblätter über die gestrige Reichstagsitzung kommt die optimistische Stimmung, daß mit einem glatten Verlauf der weiteren Verhandlungen zu rechnen sein dürfte, fast einheitlich zum Ausdruck. Die Blätter haben allgemein hervor, daß trotz der peinlichen Prügelszenen eine Arbeitsmehrheit in der gestrigen Reichstagsitzung vorhanden gewesen ist.

Die „Vossische Zeitung“ spricht von einem „Doppelgesicht“, Neigung zu Tumultszenen und zugleich Ansätze zur Arbeitsfähigkeit, und fragt: Was davon wird sich endgültig durchsetzen? Ebenso wie andere Zeitungen unterstreicht das Blatt die Tatsache, daß die Nationalsozialisten gegen den kommunistischen Antrag auf Herbeiführung des Reichskanzlers gestimmt haben und sagt, die Nationalsozialisten trieben Tolerierungspolitik.

Mit Bezug auf den deutschnationalen Antrag, der Reichspräsident solle seinen Stellvertreter selbst bestimmen, schreibt das Blatt, noch niemals hätten sich die deutschnationalen Pläne, einem Reichsverweser den Weg zu ebnen und für diesen Posten den ehemaligen Kronprinzen zu lancieren, so deutlich an die Öffentlichkeit gewagt.

Streifzüge durch Jugoslawien

Von Walter Pöppel.

Jugoslawien ist Agrarland. 85% der Bewohner sind Bauern, die Industrie ist erst schwach entwickelt und vorwiegend auf den Norden des Landes, auf Slawonien, beschränkt. Fast drei Viertel des Landes sind Gebirge, Urwald oder unfruchtbarer Karst.

Jahrhundertlang waren die serbischen und kroatischen Bauern unterdrückt von türkischen und ungarischen Feudalherren. Erst der Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie beseitigte die letzten Reste eines mittelalterlichen Pachtsystems. Daneben warf die Niederlage der Mittelmächte im Weltkrieg auch die letzten Schranken nieder, die einer nationalen Einigung der Südslawen bis dahin im Wege standen. Das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen entstand. Aber nirgends hat sich so deutlich wie hier gezeigt, daß eine nationale Befreiung noch lange keine soziale Befreiung ist. Die Vaterländer haben gewechselt, die Form der Ausbeutung und Unterdrückung ist teilweise eine andere geworden, aber Ausbeutung und Unterdrückung sind geblieben. In Jugoslawien hat sich mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß selbst die Bauernbefreiung endgültig nicht mehr von der gegenwärtigen Gesellschaft gelöst werden kann. Erst die sozialistische Gesellschaft kann mit der Befreiung des Industrieproletariats auch die Not und das Elend der kleinen Bauern beseitigen, wenn auch nicht ohne eine ganze Reihe schwieriger Übergangsstufen, wie dies gerade die Entwicklung in Rußland zeigt.

Zwei Dinge sind es vor allem, die heute schwer auf dem jugoslawischen Volke, d. h. auf den Arbeitern und Bauern und auch den Kleinhandwerkern des Landes, lasten. Einerseits der Druck der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise, andererseits eine brutale Militärdiktatur.

In den Agrarländern wirkt sich die Krise nicht, wie in den Industrieländern, vorwiegend in einer hohen Arbeitslosigkeit, als vielmehr in einer stärkeren Verelendung der Bauern aus. Die ungeheure Produktionszunahme der landwirtschaftlichen Erzeugung der ganzen Welt, und die immer mehr um sich greifenden Autarkiebestrebungen aller Länder haben auch den Absatz der jugoslawischen Agrarerzeugnisse stark zurückgehen lassen. Hohe Zollgrenzen hindern die Ausfuhr. Der Bauer kann seine Produkte nicht mehr absetzen, denn seine wichtigsten Absatzgebiete waren gerade die europäischen Industrieländer, die sich heute jeder Einfuhr so weit wie möglich verschließen. Umgekehrt geht mit der Verminderung der Ausfuhr von Agrarerzeugnissen die Einfuhr von Industrieerzeugnissen zurück. Die Preise aller landwirtschaftlichen Produkte im Lande sind niedrig, aber die Preise für Industrieerzeugnisse sind relativ hoch. Selbst wenn es dem Bauer gelänge, seine Produkte abzusetzen, kann er sich für den geringen Erlös nicht die nötigen industriellen Erzeugnisse kaufen, die er zur Instandhaltung und zum Ausbau seines Betriebes braucht; so kommt es, daß selbst in den fruchtbarsten Ebenen die Lage der Bauern schlecht ist. Wohl haben sie im Gegensatz zu den Gebirgsbewohnern selber noch satt zu essen, sie hungern nicht, aber Geld kennen sie nicht mehr. Der Kauf selbst der notwendigsten Sachen muß unterbleiben. Selbst der primitive und genügsame serbische Bauer merkt deutlich, wie sich seine Lage dauernd verschlechtert und er immer tiefer ins Elend gestoßen wird.

Stärker noch wie der serbische merkt der kroatische Bauer die Verelendung. Die Bauernaufstände, die sich erst im letzten Frühjahr wieder zeigten, reden eine deutliche Sprache.

Am schwersten kämpft der Bauer im Gebirge, sowohl in Bosnien als auch in den ausgebrannten Bergen der Herzegowina und des ganzen übrigen Karstgebirges. Der Bauer selber hat nichts mehr zu essen! Hier sind die Lebensmittelpreise erheblich höher als in der Ebene. Kostet das Brot z. B. in der Ebene 2 Dinar (14 Pfg.) das Kilo, so kostet es hier 4 Dinar pro Kilo, also 100%

meist Das Brot wird hier zum Luxusartikel. Hier oben im Gebirge regiert der Hunger. Die Regierung ist wohl in der Lage, tausende von russischen Weib- und Kindern, die im Lande leben, jahrelang auch gegenwärtig noch zu unterstützen, aber das Leid der Gebirgsbewohner zu mildern, ist für sie wahrscheinlich weniger wichtig.

Nicht nur der Bauer, auch der Kleinhandwerker und der Arbeiter leidet unter der Krise. Die Löhne sinken immer mehr, die Arbeitslosenziffer steigt. Zwar erscheint die offizielle Arbeitslosenziffer von 9940 Arbeitlosen Mitte 1932 noch gering, aber schon diese Zahl zeigt gegenüber Ende 1930 eine 45%ige Steigerung. Dann müssen wir diese Zahl auch in Verbindung mit der Zahl der Arbeiter überhaupt und da zeigt sich, daß selbst nach dieser offiziellen, also wahrscheinlich viel zu niedrigen Schätzung jeder 14. Arbeiter arbeitslos ist. In Wirklichkeit sind diese Zahlen viel höher, da viele Arbeiter wenn sie arbeitslos werden, zurück ins Dorf gehen. So wirkt sich auch die Arbeitslosigkeit der Industrie in einer größeren Verelendung auf dem Dorfe aus.

Doch nicht genug damit. Diese Leiden der Bevölkerung werden noch vermehrt durch ein brutales und rücksichtsloses Diktatorregime. An der Spitze dieser Diktatur steht der König, derselbe König, der 1918 feierlich gelobte, „sich für immer den großen konstitutionellen und parlamentarischen Prinzipien im demokratischen Sinne zu widmen“. Aber Gelöbnis hin, Gelöbnis her, Verfassung, Demokratie und Parlament wurden vor drei Jahren mit einem Federstrich aufgehoben und für erledigt erklärt. Alle Parteien sind auch heute noch verboten, jede politische und ähnliche Tätigkeit kann nur unter den schwierigsten Umständen illegal geschehen. Zwar hat der König auf Druck der französischen Bankiers im September 1931 seinem „teuren Volke“ wieder so etwas wie eine Verfassung und ein Parlament geschenkt. Aber wir machen augenblicklich in Deutschland ja eine eigene Schule über Verfassungsfragen durch und brauchen uns deshalb nicht darüber zu wundern, daß sich in Jugoslawien trotz des „königlichen Geschenkes“, an der Diktatur nicht das geringste geändert hat. Diese, auf Militär, Beamenschaft und besonders auf eine brutale Gendarmerie gestützte Diktatur des Königs illustriert noch immer die jugoslawische „Der kralje“. Die soziale Stütze des Regimes bildet die noch verhältnismäßig unentwickelte Bourgeoisie des Landes. Diese Bourgeoisie ist es auch, die wiederum von der Regierung überall unterstützt wird. Diese Unterstützung genießt die deutsche Bourgeoisie, die einen großen Prozentsatz der bürgerlichen Klasse überhaupt bildet, nicht minder wie die serbische und kroatische. Die nationalen Unterschiede spielen hier keine Rolle. Aber auch umgekehrt ist es dasselbe.

So oft wird die jugoslawische Diktatur als eine serbische Diktatur über die übrigen Stämme bezeichnet. Nichts falscher als das. Wohl sind die Serben im Verwaltungs- und Polizeiapparat in viel stärkerem Maße vertreten als die übrigen Teile der Bevölkerung. Trotzdem wird der serbische Bauer von der Diktatur genau so brutal unterdrückt, wie der kroatische. Der König und sein Regime werden auch hier von bitterstem Haß verfolgt. In Wirklichkeit hat der scheinbar nationale Gegensatz zwischen Kroaten und Serben soziale Hintergründe. Kroaten und Slowenen waren schon bei ihrem Anschluß an Jugoslawien wirtschaftlich viel höher und besser entwickelt als es die alten serbischen Gebiete waren. Dies wirkt sich noch heute aus. Während man den kroatischen Bauer auf Grund der schon von der Habsburger Monarchie vorgenommenen Land- und Bodenvermessungen ganz scharf zur Steuerzahlung heranziehen kann, fehlt diese Grundlage einer genauen Besteuerung der bäuerlichen Betriebe in den meisten anderen Gebieten noch heute.

Es sind keine nationalen Gegensätze, die das südslawische Volk zerreißt, und wenn man heute manchmal in den ehemaligen österreichischen, vor allem kroatischen Gebieten, von Selbständigkeit redet, und wenn bei den Deutschen des Landes manchmal wieder großdeutsche Ideen Anklang finden, so dienen alle diese Bestrebungen niemals den ausgebeuteten Klassen des Landes, weder den armen Bauern, noch den Arbeitern. Alle diese Bestrebungen würden, selbst wenn sie verwirklicht werden könnten, an dem Elend und der Not der Arbeiter und Bauern keinen Deut ändern. Sie würden höchstens den Interessen der deutschen und italienischen Imperialisten dienen. Nein, die Befreiung der ausgebeuteten südslawischen Arbeiter und Bauern, und auch der Kampf gegen die bestehende Militärdiktatur ist keine Nationalitätenfrage. Diese Befreiung kann nur durchgeführt werden im schärfsten Klassenkampf aller ausgebeuteten Arbeiter und Bauern des Landes, ohne Rücksicht auf Stamm oder Nationalität, gegen die herrschende Klasse des Landes, gegen die herrschende Diktatur und gegen die hinter dieser Diktatur und ihrem Apparat stehenden Finanz- und Industriekapitalisten, ganz gleich ob es Serben, Kroaten oder Deutsche sind. Die soziale Revolution und die Errichtung der demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern, das ist der Weg der Befreiung auch in Jugoslawien. Das Proletariat aber, das heute sowohl zahlenmäßig wie organisatorisch noch schwach ist, hat trotzdem die Aufgabe, die revolutionäre Führung zu übernehmen. Es wird in seinem Kampfe die Unterstützung der armen Bauern, denen es trotz ihrer Selbständigkeit nicht weniger schlecht geht,

Arbeitsminister für Arbeitsdienstpflicht!

Der neue Arbeitsminister im Schleicher-Kabinett, Dr. Syrup, der von der SPD und dem ADOB wegen seiner „großen Sozialkenntnisse“ sehr warm begrüßt wurde, hat seine erste öffentliche Ministerrede, die er bezeichnenderweise vor dem Hauptauschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages hielt, dazu benutzt, um über den freiwilligen Arbeitsdienst zu sprechen und sich dabei ganz offen für die Arbeitsdienstpflicht einzusetzen.

Dr. Syrup, der bekanntlich bisher der Leiter der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und -vermittlung und gleichzeitig Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst war, schilderte in begeisterter Form die „glänzende“ Entwicklung des freiwilligen Arbeitsdienstes. 270.000 Personen wären zur Zeit im FAD beschäftigt. Leider seien die von der Regierung zur Verfügung gestellten Mittel von 45 Millionen Mark jetzt erschöpft. Die Reichsanstalt wäre bisher schon mit 25 Millionen Mark Zuschuß eingespargen (es sind bekanntlich die den Arbeitslosen von ihren rechtlich zustehenden Unterstützungsgeldern gestohlenen Summen).

Dr. Syrup kündigt an, daß für das nächste Etatjahr von der Reichsregierung 120 Millionen Mark und von anderen Behörden, die den FAD benutzen, weitere 80 Millionen, also zusammen 200 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden. Es soll der FAD auf einer Beschäftigungsziffer von mindestens 200.000 Mann erhalten werden.

Von größter Bedeutung ist, was Syrup über den Einsatz des FAD bei Privatunternehmen ausführte. Er erklärte da, daß „Unternehmungen, die auf Erwerb gerichtet sind, Träger des freiwilligen Arbeitsdienstes sein können, wenn die Ergebnisse ihrer Arbeit ausschließlich und überwiegend der Allgemeinheit zugute kommen“. Mit dieser Auslegung kann der FAD in der gesamten Privatindustrie eingeführt werden, denn schließlich ist jede Art von Arbeit „der Allgemeinheit“ dienlich. Die Privatindustriellen werden sehr schnell davon Gebrauch machen und ihre im Tariflohn beschäftigten Arbeiter durch freiwillige Arbeitsdienstler zu ersetzen versuchen. Es muß auf eine völlige Zer-

schlagung der Tarife und auf eine noch radikaleren Lohnrückgang hinauslaufen.

Der neue „soziale“ Minister, der schon durch seine bisherigen Maßnahmen und auch jetzt in seinen Ausführungen klar zeigt, daß er auf die Interessen der Arbeiterschaft nicht die geringste Rücksicht nimmt, bekundete zarteste Rücksichtnahme auf die Unternehmerinteressen, als er auf Beschwerde von Unternehmenseite erklärte, daß stillgelegte Betriebe „aus Konkurrenzrücksichten für andere Betriebe“ unter keinen Umständen dem FAD zur Verfügung gestellt werden dürfen. Wir sind gewiß nicht etwa dafür, daß der FAD stillgelegte Betriebe übernimmt, wir lehnen das aus ganz anderen Gründen als der Herr Minister ab. Wir verlangen vielmehr die entschuldigungslose Übernahme stillgelegter Betriebe unter Kontrolle und Führung der Arbeiterschaft bei vollen Tariflöhnen.

Am gefährlichsten sind die Pläne Syrups in Bezug auf die von den Unternehmern und den Nazis immer stürmischer geforderte Einführung der Arbeitsdienstpflicht. Syrup stellte sich hierbei durchaus auf den Standpunkt der Einführung des Zwangsarbeitsdienstes. Lediglich gegenwärtig sei noch nicht der richtige Moment dazu vorhanden. Es müsse dazu erst eine „Sicherung für die ideologische Einheit der Arbeitsdienstpflichtigen“ geschaffen werden, um „unnötige Spannungen“ zu vermeiden. Die „ideologische Einheit“ soll eben gerade durch den FAD geschaffen werden, der auch von Syrup — wenn er das auch nicht wirklich sagte — als eine „Vorstufe für Arbeitsdienstpflicht“ angesehen wird.

Gerade diese letzten Ausführungen zeigen, wie recht die SAP und der Sozialistische Jugend-Verband hatten, als sie von Anfang an, im Gegensatz zur SAJ und in bestimmter Hinsicht auch zum KJV, der Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes den schärfsten Widerstand entgegensetzten. Die Rede Dr. Syrups ist ein Alarmzeichen, das die ganze Arbeiterklasse, insbesondere die proletarische Jugend, veranlassen muß, jetzt verstärkt in Einheitsaktionen gegen ihre Verklawung Sturm zu laufen.

SA-Fememord in Sachsen?

Polizei läßt den mutmaßlichen Täter entschlüpfen

In Dresden ist der SA-Mann Hentsch seit dem 4. November spurlos verschwunden. Das Polizeipräsidium gibt eine Mitteilung an die Presse, wonach Hentsch am fraglichen Tage abends 10 Uhr von drei anderen SA-Leuten telefonisch nach einem Vorstadtkaffeehaus gerufen wurde. Von dieser Zusammenkunft ist er nicht wieder zurückgekehrt. Als die Polizei erst am 13. November der Öffentlichkeit mitteilte, daß sie die Untersuchung auf Mord einleitete, verschwanden die drei SA-Leute, welche Hentsch angerufen hatten. Ihre Namen sind Schwenk, Frankel und Woielk.

Im sächsischen Landtag wurde dieser Fall zur Sprache gebracht, das Innenministerium zur Untersuchung aufgefordert und verlangt, daß Beamte der NSDAP von der Behandlung der Angelegenheit ausgeschlossen werden. Unter dem Eindruck des Aufsehens, den dieser Fall in der Öffentlichkeit erregt, versucht sich nun die Dresdener Polizei zu rechtfertigen. Dabei kommt allerdings das glatte Gegenteil heraus.

Gerade der serbische Bauer, der wohl am wenigsten nationale Vorurteile besitzt, wird in diesem Kampfe mit an erster Stelle stehen.

Ist schon die Frage der jugoslawischen Diktatur keine jugoslawische Angelegenheit, sind die Verantwortlichen dieses Regimes nicht nur in Belgrad, sondern ebenso in den Banken und Regierungsgebäuden von Paris zu finden, so ist auch die Frage der sozialen Revolution in Südslawien keine jugoslawische Angelegenheit. Wohl wird die Entwicklung der revolutionären Kräfte und der sozialen Gegensätze in Jugoslawien selbst für die dortige Revolution von entscheidender Bedeutung sein, aber von ebenso großer Bedeutung, auch für den dortigen Befreiungskampf, wird die Entwicklung der revolutionären Kräfte in den Hauptzentren der Weltwirtschaftskrise, d. h. vor allem in Deutschland sein. In Deutschland steht die Arbeiterschaft am Hebel der europäischen und damit zugleich der Weltrevolution. Augenblicklich ist sie allerdings noch unfähig, diesen Hebel zu dirigieren. Unfähig deshalb, weil auf der einen Seite die reformistische Führung, die die Revolution nicht will, noch entscheidenden Einfluß bei den Arbeitern besitzt, und auf der anderen Seite eine unfähige KPD-Bürokratie alles tut, um dem Reformismus und dem Kapitalismus das Leben zu verlängern. Die KPD und die Komintern, die eigentlichen Erben der revolutionären Erfahrungen und Traditionen des russischen und des deutschen Proletariats haben kläglich versagt und das Proletariat in die Irre geführt. Um so mehr wird es unsere Aufgabe, Aufgabe der SAP sein, die proletarische Front wieder auszurichten, die Aktionsfähigkeit der größten und wichtigsten Heeresgruppe der internationalen Revolution, der deutschen Arbeiterklasse wieder herzustellen.

Unmittelbar unter der Aufsicht der Polizei ist der dringend verdächtige Funker Schwenk entflohen!

Gleich nach dem Verschwinden Hentschs wurde er zur Polizei bestellt, wo er mitteilte, Hentsch habe einen „politischen Sonderauftrag“ für einen in Tharandt wohnenden SA-Führer auszuführen. Er führte die Polizei an das Haus des SA-Führers nach Tharandt. Hier wollte er „unauffällig“ feststellen, ob der Führer da sei. Die Polizisten ließen ihn hinein und warteten an der Haustür. Wer aber nicht kam, war Schwenk und der Führer. Allmählich machten sich die Beamten klar, daß man sie hineingelegt hat. Dabei betont das Polizeipräsidium in seinem Bericht noch immer, daß Anhaltspunkte für einen Mord nicht da sind.

Diese Vorgänge zeigen wieder einmal mit aller Deutlichkeit, mit welcher Lammgeduld die Polizei allerorts dem Treiben der SA-Banden gegenübersteht. Für die Arbeiterschaft ein neuer Anlaß, zur Hervorkehrung der in ihrem Zusammenschluß liegenden Kräfte.

Die Arbeit ist schwer, sehr schwer, aber die Schwere einer Arbeit enthebt uns nicht der Aufgabe, sie zu leisten, wenn sie notwendig ist. Leisten wir darum diese Arbeit, fördern wir mit aller Kraft die deutsche Revolution und wir arbeiten zugleich für die Befreiung auch der unter dem weißen Terror schmachenden Arbeiter und Bauern Jugoslawiens und der übrigen Länder, in denen Faschismus und weißer Schrecken triumphiert. Solange wir aber nicht alles tun, um durch das Zustandekommen der deutschen Revolution den schwer und hart kämpfenden revolutionären Kadern in diesen Ländern Entsatz zu bieten, sind und bleiben alle sentimentalen Mitleids- und Solidaritätsbezeugungen mit den Opfern des weißen Terrors, wie wir sie besonders von den Parteien der II. Internationale immer wieder hören, nichts als leere Phrasen.

Keine nationale Befreiung kann heute noch die Not eines Volkes lindern. Erst die vereinigten Sowjetstaaten von Europa werden die tatsächliche Befreiung der ausgebeuteten Klassen bringen. Dafür zu kämpfen ist unser Ziel.

USA lehnt erneut ab

Washington, 7. Dezember.

WTB. Das Staatsdepartement arbeitet zurzeit an der Antwort auf die zweiten Noten Englands und Frankreichs, deren Wortlaut wahrscheinlich zusammen mit der Sonderbotschaft an den Kongress veröffentlicht wird. Wie verlautet, wird auch diese zweite Antwort der Vereinigten Staaten ablehnend sein, da der Kongress auf Zahlung besteht und man trotz sorgfältiger Prüfung keinen Ausweg gefunden hat, der das Transfer-Problem lösen könnte.

Keht marsch!

Die KPD spottet ihrer selbst

„Wendung um 180 Grad auf die Betriebe“. Das ist die zwispaltige Überschrift der Dresdener „Arbeiter-Zeitung“ über den Bericht der Rede des augenblicklichen „historischen“ Führers der KPD Schlesiens, Sandtners auf dem KPD-Bezirksparteitag. Der gute Mann hat nicht ganz mit Unrecht allerlei „Schwächen“ der KPD-Arbeit in Gewerkschaft und Betrieb festgestellt und dann befehlsmäßig die Parole ausgegeben: „Wir müssen eine Wendung um 180 Grad auf die Betriebe in Schlesien vornehmen.“

180 Grad! Das ist genau das Gegenteil von dem bisherigen Kurs. Sandtners und die „AZ“ sind sich bei der Ausgabe dieser Losung offenbar nicht bewußt, daß sie in ihrer Uebertreibung eindeutig und klar ausgesprochen: die ganze bisherige KPD-Arbeit war grundfalsch. Wenn jetzt eine Wendung um 180 Grad notwendig ist, um überhaupt zu den Betrieben zu gelangen, dann heißt das nämlich nichts anderes, als daß trotz aller seit 4 Jahren verkündeten Parolen „Heran an die Betriebsarbeit“ die bisherige KPD-Politik immer weiter weg von den Betrieben geführt hat. Die Tatsachen bestätigen, daß diese unfreiwillige Einschätzung der Sandtners und Genossen vollkommen richtig ist, die KPD hat sich fast vollkommen aus den Betrieben und Gewerkschaften hinausmanövriert.

Aber da auch die jetzige Losung nichts weiter ist als eine leere Phrase, weil nämlich der bisherige Kurs restlos beibehalten wird, so wird auch die weitere Arbeit der KPD sich in einer Richtung „von 180 Grad“ weg von den Betrieben und Gewerkschaften bewegen.

Auslands-Rundschau

Helsingfors, 7. Dezember.

Das finnische Kabinett ist zurückgetreten, da sich der Präsident der Republik geweigert hatte, ein Gesetz über die Regelung der Pfandzinsen, das von der agrarischen Mehrheit eingebracht worden war, zu vollziehen.

Marseille, 7. Dezember.

Trotzki, der heute früh mit einem italienischen Dampfer Marseille verlassen sollte, hat verlangt, mit seinen Reisebegleitern an Land gebracht zu werden. Nach längeren Verhandlungen mit einem Sonderkommissar der Polizei wurden Trotzki und seine Begleitung in ein Hotel gebracht. Jede Verbindung mit der Außenwelt ist ihnen untersagt. In der Stadt ist das Gerücht verbreitet, Trotzki lehne es ab, auf dem Seeweg nach Konstantinopel zurückzukehren. Er habe um die Erlaubnis ersucht, die Eisenbahn benutzen zu dürfen.

Washington, 7. Dezember.

Die etwa 3000 Hungerdemonstranten, die seit Sonntag bei Washington auf freiem Felde lagern, veranstalteten heute unter Bewachung durch 1700 Schutzleute ihren Umzug. Nachdem zwei Delegierte ein Gesuch um 50 Dollar Barunterstützung für jeden Arbeitslosen in USA dem Vizepräsidenten Curtiss überreicht hatten, marschierten die Demonstranten zum Lager zurück. Man rechnet damit, daß sie jetzt in ihre Heimat zurückkehren werden.

Wien, 7. Dezember.

Zwischen dem sozialdemokratischen Bürgermeister Seitz und dem Bundeskanzler Dollfuß ist es zu einem schweren Konflikt gekommen. Der faschistische Staatssekretär Fey hatte ein allgemeines Versammlungsverbot erlassen. Der Wiener Bürgermeister erklärte, eine solche Anordnung widerspreche der Verfassung und werde daher von ihm nicht durchgeführt werden. Bundeskanzler Dollfuß antwortete, er erhalte die in seinem Auftrage von Staatssekretär Fey erteilte Weisung voll und ganz aufrecht und verlange ihre Durchführung.

Japan-Offensive in der Mandschurei

Während im Völkerbund geredet wird, setzt der japanische Imperialismus seinen Eroberungsfeldzug in der Mandschurei mit einer neuen gewaltigen Offensive gegen die chinesischen „Freischärler“ fort. Japan hat zwar den Mandschu-Staat geschaffen und gibt an, dort wieder „Ruhe und Ordnung“ hergestellt zu haben. In Wirklichkeit aber verstärkt sich der Widerstand der rein chinesischen Bevölkerung der Mandschurei gegen die Eroberer. Kaum haben die japanischen Truppen in einem Teil des Landes „Ordnung“ geschaffen, als sich auch schon wieder hinterher starke Aufstandsbewegungen, mit mehr oder minder starken militärischen Partisanentruppen zeigen und ganze Gebiete besetzen, Eisenbahnlinien unterbrechen usw.

Das zwingt Japan zu immer stärkerem und kostspieligerem Einsatz von Militärkräften. Bei einem japanischen Vorstoß in den letzten Tagen an der Westgrenze der Mandschurei ist eine ganze Armeeabteilung der von den Japanern bedrängten Aufständischen unter General Supingwen gewaltsam auf das Sowjetgebiet übergetreten und dort interniert worden.

Die Japaner melden, daß dadurch jetzt die von Rußland betriebene, durch die Aufstände unterbrochene Ostchinesische Eisenbahn wieder in Gang gesetzt werden konnte und so die direkte Bahnverbindung mit Europa wieder hergestellt sei.

Ein neues Geständnis Just's

Am Nachmittag des zweiten Verhandlungstages wurde mit der Zeugenvernehmung fortgefahren.

Sehr ausführlich ließ sich die Zeugin Marie Kleinert aus Köln über das Leben des Angeklagten in Köln aus, der ihr in der ersten Zeit erzählte, daß er ledig sei, später aber zugab, verheiratet zu sein. Trotzdem habe er ihr die Heirat versprochen und ihr beteuert, ohne sie nicht mehr leben zu können. Er habe auch Köln wieder verlassen, um sich scheiden zu lassen.

Als er wieder zu Hause war, teilte er ihr mit, daß seine Frau schwer krank darniederliege und mit ihrem Ableben zu rechnen sei; überhaupt solle seine Frau sich mit der Absicht tragen, sich durch die Einnahme von Gift das Leben zu nehmen.

Dann würde er die ganze Wirtschaft erben, die sein Schwager Groba verwalte.

Das überraschende Geständnis am dritten Verhandlungstag

Zu Beginn des dritten Verhandlungstages im Görlitzer Giftmordprozeß legte der Angeklagte Just unter allgemeiner Spannung ein neues Geständnis ab, seine zweite Frau im Jahre 1930 und die Familie Groba durch Beimischung von Arsenik in Kaffee und sonstige Lebensmittel vergiftet zu haben.

Unter Schluchzen schildert Just den Hergang seiner furchtbaren Verbrechen. Das Gift habe er sich im Jahre 1929 von dem Schmelzmeister Borchert aus Welzow, Kreis Calau, besorgt mit der Angabe, daß es zur Rattenvertilgung gebrauchen wolle. Seine zweite Frau will er deshalb vergiftet haben, weil ihm seine Schwiegermutter gedroht habe, ihm ihre Tochter wieder wegzunehmen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er das Geständnis aus Reue abgelegt habe oder weil er sich überführt glaubte, antwortete der Angeklagte, daß dies aus innerer Reue geschehen sei. Das Gift zur Ermordung der Familie Groba habe er sich bei dem Drogisten Oeser in Welzow verschafft. Die erste Portion habe er sich am 19. August d. J. gekauft, um sich selbst zu vergiften, weil ihm sein Schwager Groba aus der Wohnung habe verdriegen wollen. Dieses Gift habe er später wieder weggenommen, sich gleich darauf aber eine zweite Portion besorgt, um damit seinen Schwager Groba und dessen Frau zu vergiften. Seinen Schwägeren Vater, Tante und das Söhnchen Grobas habe er nicht töten wollen.

Nach einer kleinen Pause wiederholte Just sein Geständnis.

Daraufhin wird mit der Zeugenvernehmung fortgefahren.

Zeuge Rössler-Köln machte Ausführungen über die Befragungen mit dem Angeklagten, der in Köln seinen Unterhalt mit Betteln verdient habe. Auch zu ihm habe

Just gesagt, daß er in Klein-Partwitz verheiratet sei. Seine Frau würde aber bald sterben, und dann würde er Fräulein Kleinert heiraten und mit ihr auf das ererbte Gut ziehen. Just habe sich mit den Worten verabschiedet, daß er beim Wiederkommen Gutsbesitzer sein werde.

Der Zeugen Schlosser Kuh u-Hoyerwerda hat Groba nach seiner Entlassung im Sommer gesagt, wenn ich als Arbeitsloser kein Geld krieger, dann hat das ganze Leben keinen Zweck.

Der Bruder des Angeklagten Hans Just betont, daß zwischen Groba und seinem Bruder Eduard öfters Auseinandersetzungen stattgefunden haben.

Anna Just, eine Schwägerin des Angeklagten, bestätigt, daß Just seine zweite Frau mehrfach geschlagen habe.

Bei der Vernehmung seines Vaters brach der Angeklagte in lautes Schluchzen aus und sah zusammengekauert auf der Anklagebank. Der alte Just erklärte, daß sein Sohn Eduard keine besonderen Krankheiten durchgemacht habe und in der Schule ein schwacher Schüler gewesen sei. Ueber das Eheleben mit seiner zweiten Frau kann er nichts Nennenswertes aussagen. Dagegen bestätigte er das gespannte Verhältnis zwischen Groba und seinem Sohn.

Die Verhandlung wurde auf Donnerstag vormittag 11 Uhr vertagt. Das Urteil dürfte nicht vor Donnerstag abend zu erwarten sein.

Brudnybetätigt sich wieder

Feuerüberfall auf Arbeiter

In den frühen Morgenstunden des Mittwochs, etwa um 3 Uhr, kamen zwei Klassengenossen, Arbeiter, aus einem Lokal in der Frankfurter Straße nach Hause und blieben, sich unterhaltend, vor dem Tor ihres Hauses stehen.

In demselben Moment kam der berüchtigte Brudny, der jetzt Alsenstraße 100 wohnt, mit seiner Frau im völlig betrunkenen Zustand an den Arbeitern vorbei. Drohte sich nach einigen Schritten um, ging auf die beiden zu, hülfte den einen an, „was er von ihm eigent-

Auf Beschluß sämtlicher Funktionäre des Stadtteils Innere Stadt der Distrikte 19/34 findet Freitag die Generalversammlung im Lokal „Goldener Luchs“, Ursulinerstraße, statt. Funktionäre erscheinen um 19 Uhr.

lich wolle“, versetzte ihm — ohne die Antwort abzuwarten — einen Kinnhaken und zog dann schelmigst los.

Der Arbeiter rief seinerseits dem Brudny nach, was er eigentlich von ihm haben wolle, Brudny kam daraufhin noch einmal zurück und versetzte dem Klassengenossen einen schweren Schlag auf den Hinterkopf. Daraufhin griffen die beiden Proleten zur Abwehr.

Da zog Brudny plötzlich einen Revolver und schoß auf den Arbeiter. Nach Aussagen der beiden Klassengenossen handelte es sich hierbei um eine regelrechte Schußwaffe, nicht etwa um eine Scheintodpistole.

Brudny ergriff nun die Flucht. Die beiden Arbeiter gingen zur Polizeiwache und meldeten den Vorfall. Nach längerem Suchen und nach längerem Hin und Her stellte die Polizei den Brudny auf der Frankfurter Straße. — Er hatte sich inzwischen aber umgezogen — und man nahm ihm eine Scheintodpistole ab.

Nach Ansicht aller an dem Vorfall Beteiligten ist Brudny in der Zwischenzeit — als man noch ihm suchte — schnell nach Hause gegangen und hat die Pistole mit der Scheintodpistole vertauscht.

Die proletarische Öffentlichkeit wartet mit Spannung auf die Klärung dieser Angelegenheit, umso mehr, da Brudny ja einer der Haupttäter bei allen blutigen Zusammenstößen, die sich gegen die Arbeiterschaft gerichtet hatten, gewesen. Es wird wirklich Zeit, daß man diesem Burschen das Handwerk legt.

Wieder ein schwerer Verkehrsunfall

Auf der Eiseisenaubücke wurde gestern abend der Betonmeister M. aus Breslau von einer Straßenbahn erfasst und zu Boden geschleudert. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er sich noch heute morgen besinnungslos und in lebensgefährlichem Zustand befindet. M. hatte mehrere Meter vor dem Ende der Brücke den Bürgersteig verlassen und versucht, durch die Eisenkonstruktion hindurch den Fahrdamm zu überqueren.



Stadttheater Die keusche Susanne

Bei der neuesten Inszenierung des Stadttheaters holte man eine Operette der Vorkriegszeit hervor: Jean Gilberts „keusche Susanne“. Diese Operette, die den Breslauern schon vom Schauspielhaus her bekannt ist, ist nach Aufbau des Librettos und musikalischer Durcharbeitung sicher besser als manches Stück der letzten Jahre. Ein lehrreiches Stück dabei. Aus jeder Figur springt einem die Degeneriertheit der bürgerlichen Klasse entgegen: der Tugendapostel, den man im Absteigelokal trifft; seine Frau, die ebendort landet. Der Professor, Mitglied der Akademie, das er durch Protektion und Schiebung geworden ist und der seine Nächte in demselben Lokal verbringt. Die „keusche Susanne“ schließlich, die den Tugendpreis der Akademie erhielt. Das Ganze freundlich untermalt in geselliger Musik.

Für die Inszenierung zeichnete wieder Dewald verantwortlich, der auch den Sohn des Professors mehr spielte als sang. Ausgezeichnet wieder, Wilhelm als Professor. Anny Kunze spielte die keusche Susanne, die als einzige sich auch um eine stimmungsvolle Durchdringung der Rolle bemühte. Wetzel als Dirigent und die Tänze, einstudiert von Valeria Kratina, hielten wie stets Niveau.

Waffenlager gefunden Sind die Lagerverwalter Nazi?

Gleiwitz, 8. Dezember. Wie bekannt, wurden in der letzten Zeit in Schönwald eine große Anzahl Sprengstoffanschlüsse und Terrorakte verübt. Allen Anzeichen nach konnte es sich hier nur um Anschlüsse von Elementen, die aus dem Lager der SA stammen, handeln. Die Polizei hat jetzt in dem Dorfe Schönwald — nachdem allerdings erst in den Vorgärten des Hauses eines Polizeibeamten ein Sprengkörper geworfen war, der aber nicht explodierte — eine Durchsuchung sämtlicher Gehöfte nach Sprengmaterial, Waffen und Munition durchgeführt. Die Durchsuchung, die bereits in den frühen Morgenstunden einsetzte, dauerte bis in die späten Nachmittagsstunden des gestrigen Tages.

Nach einem amtlichen Bericht des Polizeipräsidenten in Gleiwitz wurde folgendes Bürgerkriegsmaterial gefunden:

- 2 Gewehre 1898,
- 4 Karabiner,
- 5 Pistolen,
- 6 Trommelrevolver,
- 5 Teschings,
- 1 Taschenlesching,
- 1084 Gewehrpatronen,
- 330 Pistolenpatronen,
- 192 Teschingpatronen,
- 16 Jagdpatronen,
- 9 Gummiknüttel,
- 1 Totschläger,
- 16 Seilengewehre,
- 1 Doich,
- 4 Gasmasken,
- 8 Stahlhelme,
- 3 Eierhandgranaten,

Geheimdruckerei ausgehoben

Ein amtlicher Bericht des Polizeipräsidenten berichtet:

Seit einiger Zeit war es der Breslauer Polizei aufgefallen, daß die Kommunisten in größeren Mengen Druckschriften herstellten und verbreiteten auf denen der Drucker unrichtig oder nicht angegeben war. Heute gelang es nun der politischen Polizei, diese Geheimdruckerei in einem Grundstück in der Kupferschmiedestraße auszuheben. Diese Druckerei hat sich seit längerer Zeit mit der Herstellung illegaler Schriften hochverräterischen Inhalts befleißigt. Die Druckereierzeugnisse sind nicht nur für Breslau, sondern auch für die Provinz hergestellt und versandt worden. Die Druckmaschine, eine Menge Druckschriften sowie einige Zentner Druckpapier konnten beschlagnahmt werden. Eine Person wurde bei der Herstellung der Druckereierzeugnisse überrascht und festgenommen. Die Wohnung des Festgenommenen ist gleichfalls durchsucht worden. Auch dort fand man in der Geheimdruckerei hergestellte Schriften vor.

- 1 Stielhandgranate,
 - 3 Sprengkapseln,
 - 9 elektrische Zünder,
 - 3,30 m Zündschnur,
 - 1 Artilleriegeschloß,
 - 2 Granatzünder,
 - 1 Verneblungsgranate,
 - 1 MG.-Kasten mit Gurt und 195 Schuß,
- außerdem Maschinengewehr- und Maschinenpistolenzubehör und noch andere Stücke, die der Beschlagnahme nach dem Kriegserzeugnisgesetz verfielen.

Im amtlichen Bericht des Polizeipräsidenten von Gleiwitz heißt es dann weiter: „Drei Personen wurden wegen Sprengstoff- und Waffenbesitzes festgenommen.“

Unserer Meinung nach handelt es sich hier um SA- oder der SA nahestehende „Personen“, denn wenn es Kommunisten gewesen wären, hätte man es nicht nur in den Bericht hineingenommen, sondern hätte es auch zumindestens groß in die Überschrift plakatiert. Nur Nazis befehligen sich gewöhnlich einer Sonderstellung in den Berichten der deutschen Polizeipräsidenten.

Die Krise vertieft sich

Steigen der Arbeitslosigkeit in Breslau

In der Betreuung des Städtischen Fürsorgeamtes befanden sich Ende November ds. Js. insgesamt 59.278 erwerbslose Hauptunterstützte; gegenüber dem Ende des Vormonats ist eine Steigerung um 1433 Betreute festzustellen

Auf 1000 Einwohner berechnet, zählte Breslau Ende November 81,6 Hauptunterstützte gegenüber 79,5 zu Ende Oktober.

Von der Gesamtzahl der in städtischer Fürsorge befindlichen Erwerbslosen, wurden nahezu

12 Prozent vom Reiche nicht „anerkant“, also bei der Zuteilung von Reichszuschüssen nicht berücksichtigt. Neben den Unterstützungen für die Wohlfahrtserwerbslosen hat die Gemeinde bekanntlich noch ein — im kommenden Winter voraussichtlich stark anwachsendes — Fünftel der Aufwendungen für die Krisenunterstützten aufzubringen. Arbeitsamt und Fürsorgeamt zusammen zählten Ende November 74.318 Hauptunterstützte; zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres waren es 67.960. Zusammen mit den Mitunterstützten stehen zurzeit in Breslau rund 139.000 Personen wegen Arbeitslosigkeit in öffentlicher Fürsorge.

Mit einem solchen Belastungsgrade überragt Breslau nach wie vor in bedeutendem Maße den Durchschnitt der deutschen Großstädte.

12 Prozent nicht „anerkant“, 12 Prozent, die schonungslos dem beißendsten Hunger,

Ein römischer Bronzeimer bei Trebnitz gefunden

Beim Anlegen einer Kartoffelmiete stich der Landwirt Schönfelder in Brietzen auf germanische Brandgräber. Er hob, soweit ihm dies möglich war, den Inhalt an Altortümern mit großer Vorsicht und sandte sie durch Kantor Kluge an das Landesamt für vorgeschichtliche Denkmalspflege in Breslau ein. Dort wurde festgestellt, daß es sich um außerordentlich bedeutende Funde handle. Als Graburne war, ein selten beobachteter Fall, ein römisches Bronzegefäß verwandt worden. Es trägt Henkelbeschläge in Form stilisierter Delphine. Solche Bronzegefäße wurden in den

Der Allgemeine Verband der Kriegs- und Arbeitssopler, Landesgruppe Schlesien, veranstaltet am Donnerstag, den 22. Dezember, im Zentraalhallsaal eine Sonnenwaffenfeier unter Mitwirkung der Sozial. Kinderfreunde, verbunden mit Theater und musikalischen Darbietungen. Eintritt: 10 Pig.

großen römischen Fabriken in Capua bei Neapel hergestellt. Der Eimer hat also im ersten Jahrhundert vor Christi einen weiten Weg zurückgelegt, ehe er von einem reichen schlesischen Vandalen erhandelt und östlich der Oder als Urne vergraben wurde. Außer diesem römischen Gefäß fand man in den Gräbern ein vorzüglich erhaltenes Langschwert und eine eiserne Schere von einem bisher in Schlesien noch nicht beobachteten Typ.

dem fürchterlichsten Elend ausgeliefert wurden.

Weiterer Rückgang des Eisenbahnverkehrs

Die Verkehrslage im Bezirk der Reichsbahndirektion Breslau hat sich, wie die Pressestelle der Reichsbahndirektion Breslau mitteilt,

im November wieder verschlechtert.

Der Personen- und Gepäckverkehr war im Berichtsmontat schwach. Nur an den Sonnabenden und Sonntagen erbrachte der Einkaufs- und Wochenendverkehr eine stärkere Besetzung der Züge.

Expresgut-, Eil- und Frachtstückgutverkehr waren nahezu unverändert oder sind nur in geringem Umfang zurückgegangen.

Im Wagenladungsverkehr war eine Abnahme um etwa 5 Prozent gegenüber dem Vormonat

zu verzeichnen.

Vorübergehende Schifffahrtssperre bei Glogau

Glogau, 7. Dezember.

Der mit 260 Tonnen Kohle beladene Kahn des Schiffseigners Franz Wittke aus Steine blieb, als er durch die Glogauer Brücken fuhr, am Dienstag abend bei der Eisenbahnbrücke plötzlich vorn stehen und legte sich dann quer vor die Eisenbahnbrücke. Dadurch wurde die Schifffahrt längere Zeit behindert. Nach langer Zeit gelang es dann dem Dampfer „Schlesien“, den Kahn wieder flott zu machen.

Kanal zwischen zwei Welten

Der Weg von Leningrad nach der Onega-Bucht

Moskau, im November. Der Panama-Kanal ist 82 Kilometer lang, der Suez-Kanal 164 Kilometer, aber für die Verbindung vom Weißen Meer zur Ostsee müssten 226 Kilometer Kanal gebaut werden. Der Panama-Kanal wurde in neun Jahren fertiggestellt, der Suez-Kanal in zehn Jahren, aber der Sowjet-Kanal „fast“ in einem Jahr. Der Bolschewismus ist stolz auf diesen Doppeltrekord, und wenn im nächsten Jahre das erste Schiff von der Ostsee her durch die vielen Seen und die neuen Kanalbauten Kareliens hindurch in das Weiße Meer fahren wird, dann wird es in der Sowjetunion wieder einmal eine „sozialistische Siegesfeier“ geben.

Dieser Kanal wird zwei grundverschiedene Welten miteinander verbinden: die vielfabere Ostsee, die mit ihren alten Kultur- und Handelsstädten ein Zentrum Europas ist, und das einsame Weiße Meer mit seinen halb-öden Küsten, in seiner polarnahen Verlassenheit.

Leningrad ist der eine Endpunkt, das Städtchen Soroka der andere.

Und der Weg zwischen ihnen — der in der Luftlinie fast 600 Kilometer lang ist — führt die Neva hinauf, durch den riesigen Ladogasee, durch den Fluß Swir und den Onegasee, der die beiden verbindet, und dann durch unzählige kleine Seen und neue Kanalabschnitte, an endlosen nördlichen Wäldern vorbei in die Onegabucht, die nicht mehr weit vom Polarkreis liegt. Ein langer, beschwerlicher Weg um die ganze norwegische Küste herum wird auf eine kurze, harmlose Binnenfahrt reduziert.

Aber, anders als die Riesenkante, mit denen die Sowjetunion ihre neue Errungenschaft vergleicht, ist der Wasserweg von der Ostsee zum Weißen Meer sehr viel mehr national als international. Sowjetholz und Sowjetkohl, Sowjetkohl und Sowjetfische werden auf ihm vom Norden herunterkommen, sie werden Leningrad eine neue Bedeutung geben, und außer den Schiffen mit roter Flagge werden nur die wenigen ausländischen Dampfer, die gelegentlich einmal Ladung von oder nach Archangelsk haben, den neuen Weg benutzen. Aber für die Sowjetunion ist er trotzdem von größter Bedeutung.

Denn er erschließt einen reichen und kaum erforschten Landesteil:

Karelien, um dessentwillen schon im Mittelalter Kaufleute und Piraten den weiten Weg durch die Seen und Wälder gemacht haben, um dessentwillen die zaristische Regierung jahrhundertlang immer wieder den Kanal projektierte, den die Sowjetregierung jetzt ausgeführt hat.

Die Arbeit war schwer, und die Kosten waren groß, denn die Aufgabe der Seenverbindung war nicht so leicht, wie es sich anhört. Man mußte in einem fast wogelosen Land erst einmal Straßen schaffen, Wälder

ausholzen, Materialien heranzubringen. Man mußte riesige Staudämme bauen, um den Wasserspiegel dieses oder jenes Sees so zu heben, daß Ozeandampfer ihn befahren können. Man mußte zu dem gleichen Zwecke an anderen Stellen baggern und graben. Man mußte große Reihen von Schleusen anlegen, um die Schiffe über die 75 Meter hohen Hügel der Wasserscheide zwischen den beiden Meeren herüberzubringen. Man mußte Stromschnellen ablenken und Kanalwege durch

Oelkrieg in Persien

Die „widerrechtliche“ Entziehung der einer englischen Gesellschaft gewährten Oel-lager in Mittelpersien durch die persische Regierung droht sich zu einem imperialistischen Konflikt auszuwachsen. England will seine „Rechte“, die natürlich nichts anderes darstellen, als eine der üblichen Erpressungen gegenüber Kolonial- oder halbkolonialen Staaten, jetzt mit Gewalt, d. h. durch Militäreinsatz, „schützen“. Nichts anderes heißt es nämlich, wenn die englische Regierung im Unterhaus erklärt:

Die englische Regierung hoffe zwar noch, daß der Streit gütlich beigelegt werden könne, sie würde jedoch im Notfall keineswegs zögern, alle ihr gesetzlich zustehenden Maßnahmen zu ergreifen, um ihre

„gerechten und unbestreitbaren“ Interessen zu schützen. Gleichzeitig sei Teheran dahingehend informiert worden, daß die englische Regierung keinerlei Schädigung der Anglo-Persian-Oelinteressen oder Störungen der Aktivität der Gesellschaft in Persien dulden werde.

Gleichzeitig wird durch die englische Presse die notwendige Stimmung für die „Berechtigung“ eventueller Gewaltmaßnahmen zur „Herstellung der Ordnung“ gemacht. Nach einer Reutermeldung soll nämlich im Oelgebiet ein ausgebreitetes „Banditentum“ herrschen. Also, alles bereit zu den bekannten „Beruhigungs“-Aktionen mit englischen Bombengeschwadern.

Zu gleicher Zeit klappert aber in Genf unter Führung englischer Minister die Friedensmühle der Abrüstungskonferenz.



Blick auf ein modernes Petroleumfeld im Kreis der Oelkönig Deterding, der Beherrscher des Englisch-Holländischen Oeltrusts, dem auch die Anglo-Persian Oil Co. angeschlossen ist.

Nazistudenten applaudieren

Die „Wiener Arbeiterzeitung“ berichtet über einen Vorfall in der Wiener Universität folgendes: Professor Plözl, der Nachfolger Wagner-Juregg, brachte zu einer Vorlesung einen Paranoiker, einen Verfolgungs- und Größenwahnkranken, um an ihm die Kennzeichen der Paranoia zu demonstrieren. Der Irrsinnige hielt eine kurze Ansprache an die Studenten, in der er sagte, er wisse das Mittel gegen die Wirtschaftskrise. Es handele sich um ein ebenso einfaches wie probates Verfahren. Man müsse Wien unter Wasser setzen, Oesterreich an Ungarn anschließen und die Juden hinauswerfen. Als der Irrsinnige applaudierte die Nazistudenten und trampelten mit den Füßen Beifall, während konnte Professor Plözl sich Gehör verschaffen, um den Studenten schonend beizubringen, daß ein ormer Irrer ihnen diese Ratschläge erteile. Er fügte lächelnd hinzu, daß sich in dem Kopfe des Wahnsinnigen allerdings politische Programme widerspiegeln.

Ein Verrückter ist also gerade der geeignete Mann, um eine Nazi-Studentenschaft zu rasendem Beifall zu veranlassen. Und diese Bütschchen erheben Anspruch darauf, die geistige Elite unserer Tage zu sein.

Vom Reformfimmel befallen

Jetzt ist auch die Musik dran

Der Welt von Istanbul äußerte sich gelegentlich des Empfanges des in Istanbul angekommenen Wiener Komponisten Prof. Dr. Joseph Marx über die Zukunft der türkischen Musik, die augenblicklich einer grundlichen Reform unterzogen wird. Der „Ghasi“, Kemal Pascha, ist nämlich der Auffassung, die melancholische türkische Musik passe gar nicht zu dem heiteren Temperament seiner Landsleute. Er regte eine Reform der Musik an, die nun von dem Konservatorium in Ankara durchgeführt werden soll. Es ist bezeichnend, daß man nun einen Vertreter der musikalischen Donaustadt herangezogen hat.

„Die Stimme seines Herrn“

Berlin, 7. Dezember.

Der Herr Reichspräsident hat seine am 4. Oktober d. Js. gehaltene Dankansprache zugunsten der Hindenburg-Spende für den Schallplattenhandel freigegeben. Diese Ansprache zusammen mit Hindenburgs letzter Sylvesterkundgebung ist jetzt als Schallplatte zum Preise von 2.50 Mark in allen einschlägigen Geschäften erhältlich. Bisher war die Stimme des Herrn Reichspräsidenten der Schallplattenindustrie nicht zugänglich gewesen.

Siehe, dem deutschen Volke ist ein großes Glück widerfahren.

Jetzt neben Carusos und Taubers Stimme auch die des „Herrn Reichspräsidenten“. „Industrie ... 2.50 Mark“ ... „in allen einschlägigen Geschäften“.

Es gibt eine Plattenmarke, auf der steht unter einer Zeichnung „Die Stimme seines Herrn“ ... doch hier müssen wir, falls wir keine Konflikte mit Paragraphen heraufbeschwören wollen, abbrechen.

Erdbeben wieder in Holland

Amsterdam, 7. Dezember.

In der süd-holländischen Stadt Os wurden, wie erst jetzt bekannt wird, Sonntag früh gegen 6 Uhr wieder mehrere leichte Erdstöße wahrgenommen, die ungefähr neun Sekunden andauerten.

Eine Fähre südlich von Mostar gesunken

Belgrad, 7. Dezember.

Auf der Neretwa ist heute eine Fähre, die den Verkehr zwischen der Eisenbahnstation Buna südlich von Mostar und der am anderen Ufer des Flusses gelegenen Stadt Buna vermittelte, gesunken. 11 Passagiere ertranken, nur einer konnte sich retten.



Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

Und die Eiszipfeln seiner Augen bohrten sich tief in Burakow.

„He, Euer Hochwohlgeborenen, Sie sind hier nicht auf einen Dummkopf gestoßen. Geben Sie acht, wenn Ihr Hirn Ihnen erhalten bleibt. Die Bauern im Dorf sind ein gerechtes Volk: gegen Räuber und Pferdediebe haben sie gewöhnlich ein rasches und energisches Gericht.“

„Wir sind ja selbst Bauern, Bürger Burakow ... Ja nun? Wir sind in den Feldern groß geworden, unsere Augen und Ohren sind scharf. Wir waren auch keine schlechten Partisanen. Unser Kundschafterdienst ist prima. Beunruhigen Sie sich nur nicht unsertwegen. Schönen Dank für Ihre väterliche Fürsorge.“

Mit dem Gewehr in der Hand ging Wjetrow von Burakow fort.

Eines Tages fuhr Wjetrow in den Bezirk zum Agronomen. Dieser Agronom, ein langer, knochiger Mann, war ein alter Freund Burakows. Er wohnte in einem Haus mit Nebengebäuden, das sein Eigentum war. Augenblicklich war er in der Abteilung für Landwirtschaft angestellt. Wjetrow erfuhr zufällig, daß in den Nebengebäuden landwirtschaftliche Maschinen aufbewahrt seien. Er ging zu ihm, um mit ihm über die Einführung eines rationellen Wirtschaftssystems in der Kommune zu sprechen. Der Agronom empfing ihn unfreundlich, mißtrauisch. Bei jedem zweiten Wort stieß er ein gereiztes, schlechthumoriges „hm“ von sich.

Nichts wird Ihnen gelingen, hm ... Ohne Geld mit bloßen Händen ... ohne Kenntnisse,

so hordenweise, hm ... Hundert Wirte, hundert schienen den Verstand verloren zu haben; es war, als hinge es nur an einem Faden, daß sich plötzlich alle auf Wjetrow und seine Mitarbeiter stürzten und ein blütiges Geräch inszenieren würden.

„Wenn die Menschen sich in ihrem Unglück an niemand rächen können, so rächen sie sich an sich selbst“, sagte Wjetrow, als er über diese Periode seines Lebens erzählte.

„Nun ja, Galja Iwanowna, fällt die Masse auseinander, dann verliert der Mensch den Verstand: er wird zum Selbstmörder. Und Rache ist der niederträchtigste Selbstmord.“

Die Frauen tobten wiederum. Ihre Hysterie und Panikstimmung übertrug sich auf die Männer. Die Kommune brodelte wie ein zerstörter Ameisenhaufen. Die Menschen wurden blind und stießen in ihrer Angst mit den Köpfen aneinander. Es entstanden schändliche Streitigkeiten und Zänkerien aus den niedrigsten Ursachen. Einige Familien verließen die Kommune Hals über Kopf. Aber in der entscheidenden Stunde, als die Kommune schon um Haaresbreite endgültig am Zusammenbruch war, fanden Wjetrow, Bankin, Guljaka, Tschuschkin und die Arbeiter der Werkstätten den Mut zu sich, um die letzten Kräfte zu sammeln: ruhig, mit grausamer Hartnäckigkeit erklärten sie, daß jeder, der Unruhe in die Reihen der Kommune bringe, ein Verräter und Feind sei. Erbarmungslos wird mit ihm abgerechnet werden: man wird ihn hinauswerfen.

Notizen Wjetrows

Die Schattenseiten der Kommune aus Einwärts Fremder und Eigener.

Selbstverständlich hat unsere Kommune viele Mängel, aber diese Klatschereien hier sind, trotzdem sie ein Körnchen Wahrheit enthalten, niederträchtig und phantastisch verlogen. Hier sind die lächerlichsten Anekdoten, über die wir auf unseren allgemeinen Versammlungen sehr gelacht haben:

1. In der Kommune prügeln die Frauen sehr oft einander, aus diesem Grunde wurde bei einer allgemeinen Versammlung beschlos-

sen, daß alle Frauen sich das Haar abschneiden lassen müssen.

Den Daten der ungefähren Statistik nach haben in der Kommune eheliche Zwistigkeiten, das heißt die Prügeleien zwischen Mann und Frau vollständig aufgehört. Das ist allen bekannt. Es ist wahr, daß die Frauen manches Mal grob gegeneinander sind, aber es kommt niemals dazu, daß sie sich in den Haaren liegen. Die Mädels sind tatsächlich kurz geschoren. Das ist gut, da kann's keine Läuse geben und das Kämmen dauert nicht so lange.

2. Man gibt den Kindern, auch den Kleinen, nur dann zu essen, wenn ein Glockensignal ertönt. Aus diesem Grund geht es ihnen dort schlecht.

Dumme Menschen glauben, daß pünktliches, normales Essen den Kindern schaden kann. In der Kommune werden die Kinder, zum Glück der Dummen, dann gefüttert, wann sie Hunger haben, ohne besondere Zeiteinteilung. Was nicht gut ist. Wenn der Speiseraum für die Kinder eingerichtet sein wird, muß der Gesundheit der Kinder wegen, die Essenszeit streng eingehalten werden. Wir müssen die künftigen Erbauer des Kommunismus durch ein streng geregeltes Leben erziehen.

3. Zuerst redet man in einem fort, daß die Kommune sich nicht halten wird. Dann begannen man zu sagen, daß unsere Kommune fest und stark sei.

Das sagte der Magen, als die Lebensmittel zu Ende gegangen waren. Als man sich aber bis zum Aufstoßen voll essen konnte, begannen man an die Festigkeit der Kommune zu glauben. Schrecken übermannen einen, wenn man daran denkt, wieviele Jahre, wieviele Kräfte man brauchen wird, um den Magen dem Schädel zu unterordnen! Wann werden wir endlich die soziale Kultur erobern?

4. In der Kommune steht der Vorsitzende auf einem Holzhaufen und gibt jedem einen Arm voll Holz zum Heizen.

Lüge. Nirgends gibt es soviel Freiheit und soviel Mißbrauch im Ofenheizen wie in der Kommune. (Fortsetzung folgt.)

*) Zusammenleben ungleicher Lebewesen.

„Protestierend und fordernd“ vor Ministerialdirektoren

3/4 der Arbeiten des FAD Verdrängung von Tarifarbeit

Der „Grundstein“ des Organ des Bauwerksbundes (BGB) vom 3. Dezember bringt den Bericht über eine Eingabe an die Regierung und die Verhandlungen der BG-Bühnen mit Regierungsvertretern über die Lohnrückerei des Freiwilligen Arbeitsdienstes. An Hand von einwandfreiem Tatsachenmaterial wurde der Nachweis geführt, daß die im FAD ausgeführten Arbeiten zu mindestens drei Vierteln bauwerksbühnenähnlichen Charakters sind, die also durchweg als „nicht zuzählende“, sondern als solche Arbeiten anzusehen sind, die sonst im Tariflohn angefertigt werden. Es wird nachgewiesen, daß so Hunderttausend Bauarbeiter durch den FAD arbeitslos werden.

Es heißt dann weiter im „Grundstein“: „Eine Aufstellung, die auf Vollständigkeit keinen Anspruch erheben kann, zeigt, daß bei 404 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für nicht weniger als 265 „Maßnahmen“ Lohnherabsetzungen ausgesprochen, das heißt 265 Durchbrechungen der Tarifverträge von behördlicher Stelle begangen worden sind! Es sei ferner festgestellt worden, daß in allen Fällen, wo entsprechend dem Arbeitsbeschaffungsprogramm Arbeiten bezuschußt worden sind, der Lohn um 10 bis 44 Prozent herabgesetzt wurde. Es gab sogar Fälle, wo an ein und demselben Ort für ein und dieselbe Arbeit vier verschiedene Löhne gezahlt wurden!

Ein größeres Durcheinander, eine radikalere anarchistische Zerstörungswut von Behörden ist undenkbar! Manchmal ist der Zuschuß der Behörde größer als die auszahlende Lohnsumme überhaupt. In acht Fällen sei dies einwandfrei festgestellt worden. In 36 weiteren Fällen brauche der Unternehmer täglich nur 35 Pf. zu den ihm gewährten Zuschüssen zuzuzahlen. In einem Falle in Baden beträgt der Lohn 1,75 M, der Zuschuß jedoch 3 M! Der Unternehmer hat also 1,25 M für sich. Der Zustand, daß der Reichskommissar allgemeinverbindlich erklärte Löhne herabsetze, sei einfach unhaltbar. Bei „Pöbel“ des Reichskommissars bleiben auch Konflikte mit den Ländern nicht aus. Bremen, Hamburg, Sachsen sowie die Stadt Berlin haben beispielsweise beschlossen, daß auch bei den „Maßnahmen“ des Arbeitsbeschaffungsprogramms die Tariflöhne gezahlt werden sollen. Der Reichskommissar setzte jedoch die Löhne einfach herab, beispielsweise den Facharbeiterlohn im Berliner Straßenbau von 98 auf 88 Pf.“

Bei den hier aufgezählten Fällen handelt es sich weniger um den FAD, als um eine ganz neuartige Lohnabbaudiktatur der Staatsbehörden.

Es wird nämlich überall da, wo auf Grund des „Arbeitsbeschaffungsprogramms“ der Regierung Bauten mit Hilfe von Geldern der Staats- oder Kommunalbehörden ausgeführt werden, nicht der Tariflohn bezahlt, sondern die Löhne werden hier von den Behörden willkürlich bestimmt. Dadurch werden nicht nur die hierbei beschäftigten Arbeiter um einen Teil ihres Lohnes betrogen, es wird nicht nur die „gesetzlich garantierte“ Unabdingbarkeit der Tarife durchbrochen, sondern es wird damit auch ein planmäßiger Lohn- und Druck auf sämtliche Tariflöhne der übrigen Arbeiterschaft ausgeübt. Immer mehr gehen Privatunternehmer und Schlichter dazu über, die bisherigen Tariflöhne auf das Niveau der „Notstands“-Arbeiterlöhne zu senken.

Der so durch den FAD und diese staatliche Lohnabbaudiktatur der Arbeiterschaft zugefügte Schaden ist so ungeheuerlich, daß die Gewerkschaften allen Anlaß hätten, dagegen den denkbar schärfsten Massenkampf mit Einsatz aller gewerkschaftlichen Machtmittel zu führen.

Doch der ADGB rührt sich nicht. Er überläßt das ganz allein dem Bauwerksbund. Umgekehrt aber wird diese Lohnrückerei vom ADGB und vor allem vom Reichsbanner durch aktive Unterstützung des FAD mit Erziehung zahlreicher FAD-Lager gefördert. Gewerkschaftsmitglieder, besonders ihr SPD-Kollegen, die ihr doch ebenso unter dieser Lohnrückerei leidet, seht ihr nun, wohin die Führergarde der „Eisenfront“ euch hinführt hat?!

Aber was führt die Leitung des Bauwerksbundes dagegen für einen „Kampf“? Der „Grundstein“ berichtet selbst, daß zu den Verhandlungen kein Minister, sondern „ein volles Dutzend“ Regierungsvertreter unter Leitung des Ministerialdirektors Weigert erschienen seien, die aber nur „versprochen, sich mit den einzelnen Ressorts in Verbindung zu setzen und mit ihrem Minister und Präsidenten besprechen zu wollen. Mehr könnten sie im Augenblick nicht sagen.“ Das ist noch weniger als die bekannte weiße Blase, das ist eine offene Verhöhnung der Arbeiterschaft.

Man müßte annehmen, daß die Gewerkschaftsführer jetzt endlich kurlert wären von ihrer Ministerbettelei, daß sie jetzt endlich begreifen, daß hier nur der rückwärtslose Kampf und zwar mit ausgesprochener politischer Spitze gegen die Regierung einen Zweck hat. Doch keine Spur! Hören wir, was dazu der „Grundstein“ schreibt:

„Im Interesse der Bauarbeiter fordern wir, daß die Regierungsvertreter das Gehörte ihren Chefs berichten, baldmöglichste Ordnung geschaffen (!) und der Totalisierung der Tarifverträge ein Ende gesetzt werde. Solche Zustände, wie sie sich nicht nur zum Schaden der Bauarbeiter, sondern auch zum Schaden der gesamten Wirtschaft durch den FAD und durch die Lohnsenkungsmaßnahmen herausgebildet haben, sind unverantwortlich. Die Bauarbeiter werden sich nicht mit einem sang- und

klanglosen Begrüßnis ihrer Anträge auch nicht mit einem solchen erster Klasse abfinden. Sie werden so lange protestierend und fordernd ihre Stimme erheben (!), bis jener einem Rechtsstaat unwürdige Zustand aufhört.“

Solche Arbeiterführer werden das nächste Mal noch höhnischer von den Herren Ministerialdirektoren abgewiesen werden. Die Arbeiter aber haben die Kosten zu tragen. Datum:

Schluß mit dieser erbärmlichen Bettelei! Schluß mit dieser reformistischen Führung! Breitester Massenkampf gegen FAD und staatliche Lohnabbaudiktatur!

Kampf für wirkliche Arbeitsbeschaffung, so wie es in unserem Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgezeigt ist!

Hungerkrawalle im Ruhrgebiet

Wegen Abzug der Unterstützungssätze —
Polizei schießt scharf

Die Unruhen in Gevelsberg, über die wir bereits berichteten, hielten vor einigen Tagen an. 90% aller Unterstützungsempfänger verweigerten die Annahme der Unterstützungssätze, da infolge der erneuten Herabsetzung diese Sätze nicht einmal mehr für Kartoffeln und Brot ausreichen. Bei dem Sturm auf das Rathaus gelang es 20 Erwerbslosen, bis in das Amtszimmer des Bürgermeisters vorzudringen und diesem ihre berechtigten Klagen vorzutragen. Das Rathaus wurde schließlich von der Polizei wieder entsetzt. An die Polizeibeamten richteten die Arbeitslosen die Anforderung, die Uniformen auszuziehen, die Waffen abzulegen, und sich mit den Hungernden zu solidarisieren.

Später kam es zu einer Schießerei. Die Polizei verletzte drei Demonstranten, die ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Während dieser Schießerei gab es dramatische Szenen.

Frauen und Kinder forderten die Polizeibeamten auf, sie auf der Stelle zu erschießen, da das Leben für sie keinen Zweck mehr habe.

Das Iserlohner Ueberfallkommando mußte zur Hilfe gerufen werden, zahlreiche Personen sind wegen Landfriedensbruch verhaftet worden.

Dasselbe in Rünthe. Durch Beschluß des Kreisausschusses waren das Kindergeld und die Ledigensätze wesentlich reduziert worden. Bei der Auszahlung kam es deshalb zu großen Tumulten. Auch hier weigerte man die Annahme der gekürzten Sätze und schickte eine Abordnung zum Amtshaus. Als die Lage bedrohlicher wurde, alarmierte man das pelkumer Ueberfallkommando, um so die „Ruhe“ wieder herzustellen.

General-Versammlung des Ges.-Verb. Berlin

„Die BVG-Arbeiter haben nicht gestreikt!“

Mit ungeheurer Spannung sahen die Mitglieder des Gesamt-Verbandes (GV) der diesmaligen Generalversammlung entgegen, da je der BVG-Streik weit über die Grenzen der Organisation hinaus stärkste Beachtung gefunden. Schon äußerlich zeigte sich dieses Maß die Teilnahme. Fast alle Delegierten waren anwesend, die Tribünen überfüllt. Unter den Gästen viele Kraftfahrer und Straßenbahner. Einleitend wurde ohne Debatte die Weihnachtsunterstützung für die Arbeitslosen genehmigt. Bis 6 Jahre Mitgliedschaft 6.- RM., bis 20 Jahre 8.- RM., darüber 12 RM.

Den Geschäftsbericht

gab der Bevollmächtigte Ortman. Er verwies auf die Angleichung der Löhne und betonte dabei, die Lohnhöhe und Sätze im GV seien nach außen und innen hin beneidenswert (!), so daß andere Verbände uns darum beneiden. Im Krafttagkonflikt könne man keine Vorwürfe erheben, da die Unorganisierten für uns auch bei Streiks keinen Faktor bilden. — Daher konnte diese Bewegung nicht sanktioniert werden. Vergessen hatte er nur, daß es auch eine „moralische Verpflichtung“ gibt und nicht nur formale Erwägungen und Schlußfolgerungen. Zum BVG-Streik übergehend, erklärte O., die Bewegung ist nicht einheitlich und müberstürzt geführt worden, die Verbrüderung der RGO mit den NSBO sei eine Schande für jeden Freigewerkschaftler. Auch sei es ein Skandal, daß in der sogenannten „Streikleitung“ der Nazi-Engel als gleichberechtigt gegessen habe. Wir vertreten den Standpunkt, daß beim Tarifabschluß von uns das Möglichste getan wurde, um soviel als irgendwie erreichbar von der Direktion herauszuholen. Die Urabstimmung ist für uns der maßgebende Faktor, nicht Beschlüsse irgendwelcher Depotversammlungen. Da durch die Notverordnung die Angleichung der Löhne der BVG an die der städtischen Arbeiter gefordert wurde,

wir aber nicht die Macht haben, dem entgegenzutreten, trotz unseres Kampfes gegen alle Notverordnungen, sind wir gebunden.

Wir bedauern die Opfer, die jetzt vorurteilt wurden zu Zuchthausstrafen, aber für Gewerkschafter, die gegen die Gesetze verstoßen (!), können wir nichts unternehmen.

Wiedereinstellung nur, falls keine gesetzwidrigen Handlungen vorliegen.

Leider hätte es sich nicht verhindern lassen, daß auch Gewerkschaftler und Funktionäre auf der Straße blieben,

wenn auch vieles verhindert wurde. Die Nazis wollten durch diese Aktion ihren Einfluß verstärken, auf dem Rücken der RGO. Eine geschlossene Front sei notwendig, nicht rohe Gewalt. Wir können, so schloß er pathetisch unter großem Beifall, jedem frei und offen ins Gesicht sehen.

Zum zweiten Punkt „Kasse“ sprach Kollege Ziehmann: 1000 Neuaufnahmen steht ein Rückgang der zahlenden Mitglieder um 9 Prozent gegenüber. Die Ortskasse weist einen Verlust von 9000 M auf. Die Rentka ist ein Sorgenkind. Ueber die Beiträge sagte er, daß eine neue Markenserie herauskäme. Die Erwerbslosenätze bleiben in der gleichen Höhe, die Notfallunterstützung bleibt trotz starker Anspannung der Ortskasse. Einstimmig wurde anschließend die Entlastung erteilt.

Diskussion:

Als Erster sprach in der Diskussion der Gen. Bruhns (Leninbund). Seine Ausführungen wurden sehr aufmerksam angehört, trotz der vorhergehenden starken Pogromhetze gegen die Opposition. Er grenzte sich scharf gegen die RGO ab, betonte aber,

daß die freigewerkschaftliche Opposition die Haltung des GV bei der Krafttag und bei der BVG nicht geeignet hielte, für sich Sympathie zu erwerben.

Die Querverbindungen, von der die Presse berichtete, die Rede Leiparts in Bernau sei ein klarer Verzicht auf revolutionären Kampf. Bei der Erwähnung, daß die Sympathie nicht nur des proletarischen Berlin bei den BVGern war, fing dieses Gremium von Betriebsvertretern an zu lachen. Die Bürokratie des GV hatte vorher sich in allen Sektionen große Vertrauensvoten geben lassen und operierte nun damit. Die Anfrage des Gen. B., ob am 30. Juni eine Besprechung zwischen Eggert, Nazis und Schleicher stattgefunden, eine zweite am 9. Sept. mit Schleicher und Strasser, beantwortete O. im Schlußwort dahin, man solle sich mit konkretem Material direkt an Eggert wenden. Die Tatsache der ersten Besprechung hat Gillmeister vom Buchdruckerverband in einer Versammlung nicht bestritten.

Als Zweiter sprach Solan von den Möbelerarbeitern unter Krach. Er wandte sich

scharf gegen den Vorstand wegen seiner schwachen Haltung beim BVG-Streik. Er wies darauf hin, daß man auch über den Kopf der Verhandlungsinstanzen streiken müsse, wie sie es schon mit Erfolg getan hätten.

Als Dritter sprach Gelsert, ein SPD-Mann und Reformist schlüssiger Sorte. Wir sind an Händen und Füßen gebunden durch den Tarif, kämpfen sei zwecklos. Der Fahrgästeschwund bedinge auch Personalabbau. Den Abbau von 90 Fahrkartenausgeberinnen haben wir bisher verhindert. Der Höhepunkt war folgende Äußerung:

„Die BVG hätte nicht gestreikt“,

sondern RGO, Nazis und Erwerbslose. Keine Einheitsfront mit diesen, rief er in den Saal. Solidarität ist uns als Sozialisten Selbstverständlichkeit. Er erwähnte lobend dann noch Brodat.

Als Vierter sprach B. Dank an die hervorragende Tätigkeit der Funktionäre beim BVG-Streik, die sich sehr richtig verhalten hätten, da im umgekehrten Fall „die Gelder des Verbandes“ beschlagnahmt worden wären.

„Wir sind gegen politischen Streik!“

für diesen (Papen) Staat, in dem wir ein Stück Sozialismus sehen.

Als Fünfter sprach Kupfer (KPD) unter großer Unruhe. Das meiste war unverständlich; besonders holt er hervor, daß die RGO die führende Rolle gespielt habe. Von da ab war kein Wort mehr zu verstehen. Es folgten dann noch zwei SPD-Redner, die das Vorgehen der Verbandsleitung als „ganz richtig“ bezeichneten.

Die freigewerkschaftliche Opposition kam nicht mehr zum Wort, hatte auch keine Resonanz in dieser Versammlung, daher konnte Ortman im Schlußwort scharfe Töne gegen die Opposition erklingen lassen mit

Ausschlußfolgerungen

usw. Bruhns Anfrage war ihm sichtlich unangenehm, er wich aus. Wir gehen in keine Arbeitsgemeinschaft hinein, auch keine politische Bindung bei Streiks. Gegen Zwangstarife sind wir machtlos. Der Verbandstag wäre erst im Herbst 1933.

Abstimmung: Entlastung einstimmig. Antrag Bruhns abgelehnt gegen 4 Stimmen. Wiederwahl des Beirats: gegen 4 Stimmen angenommen. Die Resolution der Opposition wurde gegen 4 Stimmen abgelehnt. (RGO stimmte dagegen) Resolution gegen Sondergerichte einstimmig angenommen.

Krafttag-Antrag: Übergang zur Tagesordnung. Unseren Genossen Schulz, der sich als Dritter zur Diskussion gemeldet hatte, ließ die Leitung nicht sprechen (Schiebung.)

Zum Schluß betonte Schaum, Einigkeit und Werbung sei nötig, damit trotz der Krise der Anfang zum Sozialismus geschaffen würde. Nicht streiten, sondern es solle auch die Opposition agitieren in den nächsten Monaten.

Eine Schamlosigkeit

Der „Aberd-Vorwärts“ vom 30. November bringt folgende Notiz:

„Alarm im Arbeitslager.“ Dienstagabend wurde im ausverkauften Barmer Theater in Anwesenheit des Autors und unter der straffen und fesselnden Regie des Intendanten Paul Smolny das neueste und gegenwartsereifste Bühnenwerk von Peter Martin Lampel mit vollständigem Erfolg uraufgeführt. „Alarm im Arbeitslager“ ist ein zeitdokumentarisches Reportagestück und ein Bekenntnis für die Ideen des freiwilligen Arbeitsdienstes und zugleich eine vernichtende Abrechnung mit der terroristischen Haß-Ideologie der Kommunisten.

Diese Propaganda für die Arbeitsdienstpropaganda des Herrn Lampel, der nach einer kurzen Gastrolle ins faschistische Lager heimgefunden hat, ist kaum noch zu überbieten. Die „Abrechnung mit der terroristischen Haß-Ideologie“, die in solchem Zusammenhang erfolgt, kann nichts anderes sein als die Propaganda der faschistischen Volksgemeinschafts-Ideologie.

Der Streik beim Schwelmer Eisenwerk beendet

Schwelm, 7. Dezember

In einer Belegschaftsversammlung des Schwelmer Eisenwerks wurde am Dienstag der bedingungslose Abbruch des Streiks, der am 12. Oktober ausgebrochen war, beschlossen.

Athener Verkehrsstreik beendet

Die streikenden Straßenbahner haben beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die einzige Bedingung, die sie stellen, geht dahin, daß aus Anlaß des Streikes keine Entlassung vorgenommen werden darf. Die Verwirklichung ihrer sonstigen Forderungen legen die Ausständigen in die Hände der Regierung, die einen Vertrag mit den Unternehmern zustande bringen soll. Mit diesem Beschluß ist der Ausstand als beendet anzusehen.

Hafenarbeiterstreik in Le Havre

Die Hafenarbeiter von Le Havre sind am Sonnabend geschlossen in den Streik getreten, weil ihr Tagelohn ab 5. Dezember um 2,50 Frank gekürzt werden soll.

Immer mehr Arbeitslose

Die Zahl der Arbeitslosen in der tschechoslowakischen Republik bezifferte sich Ende November dieses Jahres auf 601 438 gegen rund 533 600 Ende Oktober. In England wurden am 21. November 2 799 806 Arbeitslose gezählt, 528 000 mehr als am 24. Oktober